

Dokument 30

“Die Zweigliedrigkeit – ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Schule für alle“ von Joachim Lohmann



DER AUTOR WURDE 1935 GEBOREN, WAR IN DEN 70ER JAHREN STADTSCHULRAT IN KIEL UND 14 JAHRE LANDTAGSABGEORDNETER FÜR DIE SPD IM LANDTAG VON SCHLESWIG-HOLSTEIN. ZWISCHEN 1993 UND 1999 ÜBERNAHM DR. JOACHIM LOHMANN DIE FUNKTION DES FINANZSTAATSEKRETÄRS. ÜBER DIE LANDESGRENZEN HINAUS WURDE DER VERFASSER ZUDEM DURCH SEINE LANGJÄHRIGE TÄTIGKEIT ALS BUNDESVORSITZENDER DER GEMEINNÜTZIGEN GESELLSCHAFT GESAMTSCHULEN (GGG) BEKANNT.

Einleitung

Die Entwicklung der Gesamtschule steckt in einer Sackgasse: die Nachfrage ist zwar größer als das Angebot an Gesamtschulplätzen, zugleich ist die Quote der Gesamtschüler seit 2000 bis 2005 leicht rückläufig. Nur 8,5 % der Achtklässler in Deutschland besuchen die integrierte Gesamtschule. Auch der %-Satz der Achtklässler in Schularten mit mehreren Bildungsgängen geht seit 2001 auf nur noch 6,3 % zurück.¹

40 Jahre nach den ersten Gründungen stagnieren die Gesamtschulen. Die meisten Landesregierungen lassen keine weiteren Gesamtschulgründungen zu - und falls doch, dann scheitert die Errichtung nicht selten am Widerstand vor Ort. So überzeugend viele Gesamtschulen und Gesamtschulinitiativen vor Ort arbeiten, auf diesem Weg ist die gemeinsame Schule für alle nicht zu verwirklichen.

Strategien unabdingbar

Für nicht wenige Gesamtschul-Protagonisten ist die Strategiefrage klar:

1. Das Schulsystem sollte möglichst kurzfristig flächendeckend auf die gemeinsame Schule für alle umgestellt und beginnend mit der 5. Klassenstufe Jahr für Jahr für die folgende Klassenstufe realisiert werden.

¹ Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen 1996 bis 2005, Kultusministerkonferenz, Nr. 181, 207, S. X.

2. Verantwortlich für die Durchsetzung der gemeinsamen Schule für alle ist die Politik, ihre Zögerlichkeit ist verantwortlich für die Stagnation der Gesamtschulen.

Die Politik trägt sicherlich die Hauptverantwortung für die Verwirklichung von Schulreformen, doch allmächtig ist sie nicht. Keine Landesregierung ist weder jetzt noch in absehbarer Zukunft bereit, die Gesamtschule schrittweise einzuführen, auch keine linken Landesregierungen. Unter den gegebenen Umständen ist diese Strategie nicht durchsetzbar:

Gesellschaftliche Widerstände

Die gemeinsame Schule für alle scheitert vor allem an der Gesellschaft. Vorbehalte gegen die gemeinsame Erziehung für alle bestehen weiter in allen Bevölkerungs- und Wählerschichten und der Rückhalt für das Gymnasium ist sehr stark.² Die HauptschülerInnen sind stigmatisiert – auch von den Betroffenen selbst. Vor ihrem vermeintlich negativen Schuleinfluss bei einer gemeinsamen Erziehung für alle fürchten sich sehr viele Realschul- und Gymnasialeltern und viele Lehrkräfte auch. Diese gesellschaftlichen Vorurteile sind real. Die Anhängerschaft von Realschulen und Gymnasien hat die Fähigkeit, Öffentlichkeit und Medien zu mobilisieren, Einstellungen zu ändern und politischen Einfluss auszuüben.

Politische Widerstände

Eine Regierungspartei wird Programme nur in dem Umfang durchsetzen, in dem sie ihre Regierungsfähigkeit und ihre Wiederwahlchancen wahren kann.

Ein gesellschaftlicher Widerstand gegen eine Reform bleibt nicht ohne Einfluss auf die Regierungsebene. Denn die Volksparteien vereinen selbst ein breiteres Meinungsspektrum, und dies gilt auch für die Fraktionen und die Regierung. Viele ihrer Mitglieder legitimieren sich nicht zuletzt durch ihre Zusammenarbeit mit und in Organisationen und Verbänden. Bei starken Gegensätzen mit gesellschaftlichen Gruppen kann es zu Loyalitätskonflikten kommen, die die Regierungsfähigkeit in Frage stellen, wie es bei der Agenda 2010 der Fall war.

Vor allem aber können Konflikte mit größeren Gruppen die Wiederwahlchancen gefährden, wie dies beispielsweise bei der letzten Bundestagswahl geschehen ist. Und unter den Realschul- und Gymnasialanhängern sind sehr wohl auch Wähler linker Parteien.

Die Gefahren für die Wiederwahl potenzieren sich, wenn eine Volkspartei die Konfliktsituation aufgreift und einen Konfrontationskurs einschlägt. Jetzt und in absehbarer Zukunft muss damit gerechnet werden, dass Oppositionsparteien den Widerstand innerhalb einer Gesellschaft aufgreifen und ihn mit allen politischen Mitteln verstärken. Von einer oppositionellen CDU ist dies in jedem Fall zu erwarten – und von einer regierenden CDU ist auf lange Zeit keine Breitschaft zu einer gemeinsamen Schule für alle zu erreichen.

Auf welche Schwierigkeiten die Politik bei der Realisierung der Gemeinschaftsschule für alle stoßen würde, wird beispielhaft deutlich an der Schulreform in Schleswig-Holstein. Diese Reform ist geradezu bescheiden gegenüber der Einführung einer gemeinsamen Schule für alle; denn sie tastet das Gymnasium nicht an und lässt Hauptschulen und Realschulen die Wahl zwischen einer

² Es gibt sehr unterschiedliche Umfrageergebnisse, je nach Fragestellung, benutzten Begriffen und einleitenden Erläuterungen. Dies zeigt, wie labil die Meinungen sind und wie stark sie sich bei einer politischen Polarisierung verändern würden – und dies vor allem negativ. Deprimierend war kürzlich die Forsa-Studie, „Sinnvolle und notwendige Schulreformen“, Erhebungszeitraum: 20. bis 22. November 2007, auch wenn die Forsa-Studie den Begriff „Einheitsschule“ verwandte. Denn rechte Oppositionsparteien würden nicht zurückschrecken, diesen Kampfbegriff zu nutzen und scheinen damit sehr erfolgreich zu sein.

Kooperation mit integrierter Orientierungsstufe - Regionalschule genannt - und einer Gemeinschaftsschule. Selbst bei dieser Reform kam es - nach gesellschaftlichen Protesten - innerhalb der CDU zum Widerstand in der Partei und in der Fraktion, die nur durch die Standfestigkeit des Ministerpräsidenten überwunden wurde. Eine linke Landesregierung in Schleswig-Holstein hätte ein entsprechendes Gesetzesvorhaben gegen die dann zu erwartende Mobilisierung einer rechten Opposition nicht durchsetzen können, erst Recht keine weitergehende Schulreform.

So lange die Schulformen in Abschlüssen, Berechtigungen und im öffentlichen Ansehen so weit wie derzeit auseinander fallen, ist eine gemeinsame Schule für alle nicht durchsetzbar. Die CDU wird sich auf absehbare Zeit und unter keinen Bedingungen auf eine gemeinsame Schule für alle einlassen und gegen sie ist eine solche Reform jetzt nicht zu verwirklichen.

Was für die Gegenwart gilt, trifft auch für die nahe Zukunft zu. Zwar wird die Schulstruktur durch die Demographie, den zunehmenden Bildungswillen der Eltern, die steigende Nachfrage nach qualifizierten Abschlüssen und die internationale Kritik unter verstärkten Druck geraten. Dennoch gibt es keine Automatik zur Aufgabe der Hauptschule und erst Recht nicht zwangsläufig zur Einführung einer gleichberechtigten Zweigliedrigkeit. Nichts geschieht von selbst (Willy Brandt). Vielmehr gibt es genügend Möglichkeiten, Strukturreformen auszuweichen. Verzögert sich aber die Strukturreform, so wird das Gymnasium seine beherrschende Stellung weiter ausbauen und daher seine direkte Einbeziehung in eine Schulstrukturreform noch schwieriger.

Strategische Verantwortung der Protagonisten

Es ist zwar gut zu verstehen, wenn unter uns Gesamtschulprotagonisten nicht wenige befürchten, dass das Ziel der gemeinsamen Schule für alle durch Zwischenschritte gefährdet sein könnte. Doch die radikale Position, die überzeugende Zwischenschritte ablehnt, spekuliert auf den St.-Nimmerleinstag.

Zwischenschritte sind erforderlich – sowohl um der jetzigen SchülerInnen willen, als auch um die gemeinsame Schule für alle längerfristig zu realisieren. Wer sich gegen Zwischenziele auflehnt, mag sich an seiner reinen Gesinnung freuen, übernimmt aber die Verantwortung, dem Ziel nicht näher zu kommen.

Dem Ziel hilft es nicht, Gesellschaft wie Politik zu beschimpfen und die Verantwortung für den Reformstillstand auf andere abzuschieben. Es ist zu einfach, die Abstiegsängste von Bildungsbürgern durch eine Gesamtschulreform nicht ernst zu nehmen oder die fehlende Konfliktfähigkeit der Politik anzuprangern und stattdessen den starken Staat zu fordern, ohne ihn zu erreichen und ohne ihn – zumeist – in anderen Bereichen haben zu wollen.

Um unseres Zieles willen müssen wir Gesamtschulprotagonisten selbst Mitverantwortung übernehmen und Strategien mit entwickeln und mit tragen, mit denen wir die gesellschaftlichen Ängste eingrenzen und konservative Kräfte für Reformschritte gewinnen.

Strategische Prinzipien

Eine Strategie für die Reform der Schulstrukturen sollte 3 Forderungen genügen, sie sollte

1. das Schicksal benachteiligter SchülerInnen verbessern,
2. gesellschaftlich und politisch umsetzbar sein und
3. eine Perspektive für eine gemeinsame Schule für alle eröffnen.

1. Die Stigmatisierung der HauptschülerInnen während der Schule, in der Ausbildung und im Beruf ist unerträglich. Ihre prekären Schul- und Berufslaufbahnen sind nicht mehr über eine Reform der Hauptschule zu erreichen, sondern nur über deren Aufhebung.³

Die „aufnehmende“ Schulform wird die Integration von HauptschülerInnen leider sehr oft als eine erhebliche Belastung und Bedrohung ihrer Aufgabenstellung verstehen. Statt Pessimismus und Resignation brauchen wir aber eine Aufbruchsstimmung, um alle SchülerInnen besser zu fördern. Eine Zusammenlegung mit der Hauptschule muss für die entsprechende Schule mit einer Aufstiegsperspektive verbunden werden. Der Realschule, die traditionell zwischen Gymnasium und Hauptschule steht, kann mit dem Angebot einer eigenen gymnasialen Oberstufe zugleich eine „Aufstiegsperspektive“ gegeben werden.

2. Zur Durchsetzbarkeit gehört es, die zu erwartenden Widerstände gegen eine Strukturreform zu verringern und Bündnispartner zu gewinnen. Mit dem Konzept einer gleichberechtigten Zweigliedrigkeit ist es möglich, auch einen Teil der Anhängerschaft der Realschule für diese Reform zu gewinnen. Über eine vergleichbare Möglichkeit verfügt die Politik gegenüber dem Gymnasium nicht. Nur dadurch, dass das Gymnasium nicht in diesen Reformschritt einbezogen wird, hat dieser jetzt eine realistische Chance. Diese verbessert sich noch dadurch, dass die Reform auch von Teilen der Wirtschaft mit getragen wird. Der Kompromiss zwischen den beiden Volksparteien ist jedoch eine maßgebliche Voraussetzung, dass dieser Reformschritt sowohl in Schleswig-Holstein wie in Hamburg umsetzbar ist.

Frühere strategische Ansätze

Alternative Strategien zur Zweigliedrigkeit

Doch bevor die Strategie der Zweigliedrigkeit behandelt wird, soll kurz noch auf mögliche Alternativen eingegangen werden.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die gemeinsame Schulzeit in den 3 Stadtstaaten sowie in Schleswig-Holstein verlängert, aber anschließend weitgehend wieder aufgegeben; übrig blieb in Berlin eine 6-jährige Grundschule, dem sich nach der Wende Brandenburg anschloss.

Seit den 60er Jahren wurde neben Gesamtschulen in mehreren Ländern auch integrierte **Förder- bzw. Orientierungsstufen** eingeführt, davon flächendeckend in Hessen und Niedersachsen. Sie haben mehr SchülerInnen gefördert und die soziale Auslese verringert, hatten aber leider den Nachteil, den SchülerInnen innerhalb von gut zwei Jahren einen dreimaligen Klassen-, Lehrer- und zum Teil auch Schulwechsel zuzumuten. Inzwischen wurden die Orientierungsstufen weitgehend aufgehoben, in Hessen werden sie dadurch aufgeweicht, dass sie seit 2005 auch schulformbezogene Gymnasialklassen führen können.

Wer die gemeinsame Schulzeit zunächst um 2 Jahre verlängern will, sollte statt der integrierten Orientierungsstufe die Grundschule um zwei Jahre verlängern. Das ist zwar mehrfach gefordert, aber nie umgesetzt worden, denn der zu erwartende Widerstand der Anhängerschaft von Realschule und Gymnasium dürfte zurzeit nicht viel geringer sein als bei der generellen Einführung der gemeinsamen

³ Die besonders prekäre Situation der SonderschülerInnen bleibt hier ausgeklammert, weil es primär die Aufgabe einer Grundschulreform ist, SchülerInnen mit Behinderungen nicht auszugliedern, sondern sie innerhalb der Grundschule zu fördern, um dies dann auch in der Sekundarstufe I fortführen zu können.

Schule für alle. Außerdem sind die pädagogischen Verbesserungen nicht so bedeutsam, so dass die Bildungspolitik besser die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt realisieren sollte.

Hessen und Bremen sind unter anderem auch den Weg über **kooperative Gesamtschulen** gegangen. Jahrzehnte nach ihrer Gründung haben etliche kooperative Gesamtschulen pädagogisch überzeugt; doch auf die schulformbezogene Differenzierung haben nur wenige verzichtet. Zudem dürfte der Widerstand gegen die Einführung kooperativer Gesamtschulen sehr massiv sein, da die Gegner die Einführung der gemeinsamen Schule für alle auf dem kalten Wege unterstellen werden. Eine überzeugende Strategie zur gemeinsamen Schule für alle ist dieser Weg also nicht.

Mit dem nur in Hamburg durchgesetzten **Elternrecht** auf Besuch einer Gesamtschule kam es anfangs zu einer Gründungswelle. Doch das Hamburger Beispiel lehrt leider, dass das Eigeninteresse bestehender Schulen und die konfrontative Schulpolitik auch Eltern verunsichert und deren Aufklärung begrenzt. Auch hier ist schon vor dem Regierungswechsel der Ausbau der Gesamtschule faktisch zum Erliegen gekommen. In den Flächenländern käme es zudem zu Schwierigkeiten zwischen dem Land und den Schulträgern. Um eine weiterreichende Strategie handelt es sich beim Elternrecht nicht.

Neue strategische Ansätze

Die Strukturreform in Schleswig-Holstein

Mit dem Schulgesetz von 2007 werden Hauptschulen und Realschulen spätestens 2010 zu Regionalschulen mit einer integrierten Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6 und einer anschließenden leistungs- und abschlussbezogenen Differenzierung für die 7. bis 9./10. Klassenstufe.

Alternativ können auf Antrag der Schulträger Gemeinschaftsschulen entstehen, wobei den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der SchülerInnen vor allem durch Binnendifferenzierung entsprochen werden soll. Diese Gemeinschaftsschulen können eine gymnasiale Oberstufe haben. Die bestehenden 25 Gesamtschulen werden spätestens 2010 zu Gemeinschaftsschulen.

Die Schleswig-Holsteinische Strukturreform ist schon jetzt ein Erfolgsmodell. 2007 starteten 7 neue Gemeinschaftsschulen, für 2008 liegen 55 Anträge vor. Sollten sie alle für 2008 genehmigt werden, würde Schleswig-Holstein 87 Gemeinschaftsschulen inklusive der bestehenden 25 Gesamtschulen erhalten. Dann bestünden schon 2008 fast so viele Gemeinschaftsschulen wie Gymnasien im Land (104), mit weiteren Anträgen 2009 und 2010 ist zu rechnen. Eine solche Relation zu den Gymnasien besteht bisher in keinem Bundesland.

Diese Schleswig-Holsteinische Schulreform findet zu Recht breite Unterstützung in der Gesamtschul-Szene. Doch zu welchem Ergebnis führt diese Schulreform?

Das Gymnasium wird bei der Schulreform außen vorbleiben. Dass es wie auf Fehmarn in die Gemeinschaftsschule mit einbezogen wird, wird eine seltene Ausnahme bleiben, vielmehr wird es zunächst mehr Anmeldungen erhalten und gestärkt werden.

Es gibt 2 Szenarien:

1. Bei einem eher ungünstigen Szenario stabilisiert sich auch die Regionalschule, für die für 2008 39 Anträge vorliegen. Dann hat Schleswig-Holstein eine Dreigliedrigkeit mit zwei in Abschlüssen und Berechtigungen gleichberechtigten Schulformen, der Gemeinschaftsschule und dem Gymnasium neben der Regionalschule.

2. Beim optimistischen Szenario werden sich die Regionalschulen nicht stabilisieren, sondern sich schrittweise in Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen.

Das für die Gemeinschaftsschule äußerst erfolgreiche Schleswig-Holsteinische Schulgesetz führt also mittelfristig zu einer Zweigliedrigkeit mit oder ohne Anhängsel einer Regionalschule. Wie kann man den Zwischenschritt der Zweigliedrigkeit ablehnen, wenn dieser Zwischenschritt die bisher positivste Gesamtschulentwicklung bundesweit auslöst? Zudem wären auch stetige weitere Gesamtschul-Gründungen – wenn es denn zu ihnen gekommen wäre – fast nie zu Lasten der Gymnasien gegangen, vielmehr wären Haupt- und Realschulen geschlossen worden. Auch bei dieser Strategie wäre es – wenn überhaupt – auf die Zweigliedrigkeit hinausgelaufen, allerdings mit einem so fernen Zeithorizont, so dass sich viele Gesamtschul-Protagonisten nicht eingestehen wollen, dass das Ergebnis günstigstenfalls die Zweigliedrigkeit ist.

Der Hamburger Schulkompromiss

Die überparteiliche Enquete-Kommission in Hamburg hat als Kompromiss eine Zweigliedrigkeit vorgeschlagen. Neben die achtklassigen Gymnasien sollen die Stadtteilschulen treten, die aus Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen sowie aus Aufbau- und beruflichen Gymnasien gebildet werden, vornehmlich binnendifferenziert arbeiten und zu allen allgemeinbildenden Abschlüssen und Berechtigungen führen sollen.

Diese Hamburger Lösung ist konsequenter als die in Schleswig-Holstein, vor allem wird die Gleichstellung der Stadtteilschule gegenüber dem Gymnasium noch dadurch gestärkt, dass mit der Angliederung der Oberstufen-Gymnasien der Anspruch und die Erfahrung mit gleichwertiger Hochschulzugangsberechtigung gestärkt werden.

Die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit – ein Fortschritt

Definition

Es gibt 2 Formen der Zweigliedrigkeit in Deutschland. Bei der bisherigen Form der Zweigliedrigkeit in den meisten neuen Bundesländern sowie im Saarland umfasst das 2. Glied nur die Sekundarstufe I, es handelt sich um eine nicht gleichberechtigte Zweigliedrigkeit. Die neueren Formen der Zweigliedrigkeit, wie sie neben Schleswig-Holstein und Hamburg auch ähnlich im Saarland entstehen soll, werten das 2. Glied mit einer grundsätzlich eigenen Oberstufe⁴ auf und stellen äußere Differenzierungen in Frage. Deren Arbeit entspricht weitgehend den Gesamtschul-Prinzipien und wird im folgenden Gemeinschaftsschule genannt. In diesen Ländern kommt es zu einer gleichberechtigten Zweigliedrigkeit.

Pädagogische Verbesserung jetzt

Selbstverständlich bedeutet eine Zweigliedrigkeit nicht die optimale Förderung aller durch repräsentative heterogene Kerngruppen, denn es bleibt der Creaming-Effekt bestehen.

Dennoch stellt die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit eine Verbesserung sowohl für die Hauptschule wie für die Realschule dar. Die potentiellen HauptschülerInnen sind nicht mehr durch ihre Schulform stigmatisiert, ihre Abschlüsse sind nicht mehr vorfestgelegt und auch ihre Karrierechancen sind offener. Für potentielle RealschülerInnen ist der direkte Bildungsgang zum Abitur geöffnet, ihnen bleibt der Sonderweg – verbunden mit einer Verunsicherung über einen Schulwechsel - erspart.

⁴ In Schleswig-Holstein ist dies von der Nachfrage abhängig.

Trotz aller Belastungen durch den Creaming-Effekt - die Chancen auf mehr qualifizierte Abschlüsse sind gegeben. Schon im jetzigen System wird der mittlere Abschluss nur noch zu 43 % an der Realschule erworben, 9 % erhalten die mittlere Reife über die Hauptschule und 17 % (vor allem ehemalige Sonder- oder HauptschülerInnen) über den beruflichen oder zweiten Bildungsweg. Die Fachhochschul- und allgemeine Hochschulreife erwerben inzwischen nur noch 54 % der SchülerInnen über das Gymnasium, weitere 5 % über die Gesamtschule und inzwischen 38 % über berufliche Schulen.⁵

Wenn derzeit trotz des Creaming-Effekts ein erheblicher Anteil der qualifizierten Abschlüsse über den beschwerlichen und negativ ausgelesenen Bildungsweg von Haupt- und Realschule und über den zweiten und beruflichen Bildungsweg erreicht wird, dann wird dies auch über eine Gemeinschaftsschule neben dem Gymnasium erreicht werden können. Die bestehenden Gesamtschulen selbst, von denen manche unter dem Creaming-Effekt leiden, belegen ja, dass sie viele Jugendliche zu qualifizierten Abschlüssen führen können. Alles spricht gegen Resignation und Pessimismus. Schon um den Jugendlichen in absehbarer Zeit bessere Schul- und Berufschancen zu geben, dürfen wir gar nicht auf den Zwischenschritt der Zweigliedrigkeit verzichten.

Darüber hinaus ist auch das Creaming weder total noch unabänderlich. Die Pisa-Studie 2006 hat erneut belegt, wie häufig leistungsfähige SchülerInnen aus sozial schwächeren Elternhäusern unterschätzt und benachteiligt werden. Sie sind eine Bildungsreserve für die Gemeinschaftsschule.

Darüber hinaus können Gemeinschaftsschulen sehr wohl für gymnasial orientierte Elternhäuser attraktiv werden. In ländlichen Bereichen werden sich Eltern schon überlegen, ob sie ihren Kindern den Fahraufwand zu einem Gymnasium und die räumliche Trennung zu ihren potentiellen Mitschülern zumuten oder ob sie die Gemeinschaftsschule vor Ort wählen sollten. Dies gilt begrenzt auch für Eltern in Stadtteilen mit unvollständigem Schulangebot. Auch lassen sich manche „Bildungsbürger“ von der Idee der Gemeinschaftsschule überzeugen. Und wie viele Gesamtschulen haben als gute Schulen große Attraktivität bis tief ins bildungsbürgerliche Lager hinein gewonnen. Sie haben gezeigt, dass sie „begaben“ können, so dass sich viele Jugendliche deutlich besser entwickeln konnten, als ihnen vorausgesagt wurde.

Zweigliedrigkeit – kein Endzustand

Die Verwirklichung der Zweigliedrigkeit in nächster Zeit ist **die** Chance für die Gemeinschaftsschule. Dennoch sind die Vorbehalte gegen die Zweigliedrigkeit unter der Anhängerschaft der Gesamtschule erheblich. Hauptgrund ist die Furcht, die Zweigliedrigkeit könne ein Endzustand werden, also eine ewige Zweiteilung des deutschen Schulsystems bedeuten.

Richtig an diesem Einwand ist, dass es keine Automatik von der Zweigliedrigkeit zur gemeinsamen Schule für alle gibt; vielmehr wird der Übergang nur mit weiteren politischen Entscheidungen und Auseinandersetzungen gelingen.

Doch wer deshalb die Strategie der Zweigliedrigkeit ablehnt, sollte aufrichtiger Weise zweierlei eingestehen.

1. Die bisherige Strategie der Einzelgründungen von Gesamtschulen würde – wenn überhaupt – auf einem sehr langen und mühsamen Weg bestenfalls zur Zweigliedrigkeit führen; denn infolge der Gesamtschul-Gründungen sind höchstens im Einzelfall mal ein Gymnasium, ansonsten fast nur Hauptschule und gelegentlich Realschule aufgehoben worden.

⁵ Bildung in Deutschland 2006, Bielefeld 2006, Tab. D7-4A

2. Bisher ist für die gemeinsame Schule für alle keine alternative, realistische Strategie zur Zweigliedrigkeit aufgezeigt worden.

Die Furcht vor einer ewigen Zweigliedrigkeit ist zudem unhistorisch; es gibt kein Ende der Geschichte, auch nicht der Schulgeschichte. Schon die Darstellung einer historisch zeitlosen Dreigliedrigkeit ist eine Mär. Vielmehr ist die deutsche Schulstruktur durch eine Vielzahl von Gründungen, Weiterentwicklungen und Verschmelzungen gekennzeichnet gewesen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war allein schon das Volksschulwesen vielfach zersplittert – neben der Volksschule bestanden z. B. die Fabriksschule und die ländliche Halbtagsschule.

Der Integration getrennter Bildungswege ging zumeist eine rechtliche Gleichstellung bei den Abschlüssen voraus.

- Die gemeinsame Grundschule ist eine Errungenschaft der Weimarer Republik. Sie war möglich, weil die 4-jährige Grundschule beim Übergang zum Gymnasium mit der dreijährigen Vorschule, die nur auf den Gymnasialbesuch vorbereitete, gleichgestellt war.
- Dem heutigen weitgehend einheitlichen Gymnasium gingen heftige Auseinandersetzungen des höheren Realschulwesens mit dem humanistischen Gymnasium voraus, bis endgültig 1900 die Abschlüsse des Realgymnasiums und die Oberrealschule dem humanistischen Gymnasium gleichgestellt wurden.
- Dem heute weitgehend koedukativen Schulsystem ging ein organisatorisch getrenntes, im Aufbau, in den Inhalten und in den Abschlüssen getrenntes Mädchenschulwesen voraus. Die Gleichstellung der Abschlüsse war ein wesentlicher Schritt zu einer Vereinheitlichung.

Auch in Zukunft geht die Entwicklung der Schulstruktur weiter. Die gemeinsame Schule für alle wird nicht ohne neue Auseinandersetzungen und Entscheidungen kommen; aber ihre Durchsetzung wird nach einer Realisierung der gleichberechtigten Zweigliedrigkeit leichter. Über die Gemeinschaftsschule innerhalb der Zweigliedrigkeit wird es gelingen, einen deutlich höheren Anteil qualifizierter Abschlüsse am Altersjahrgang zu erreichen, an dem auch die Wirtschaft zunehmend interessiert ist.

Wenn die Gemeinschaftsschule

- sich über die Zweigliedrigkeit stark erweitert,
- dementsprechend mehr SchülerInnen zu qualifizierten Abschlüssen führt und
- damit ihre öffentliche Anerkennung ausbaut,

dann ist politisch die gemeinsame Schule für alle realisierbar.

Mut zur Zweigliedrigkeit

Als Aufgabe der Gesamtschulanhänger reicht es nicht, nur die entstehenden Gemeinschaftsschulen in den Ländern zu unterstützen, die eine gleichberechtigte Zweigliedrigkeit einführen, nein, sie müssen den Mut haben, die generelle Einführung der gleichberechtigten Zweigliedrigkeit zu fordern und zu unterstützen.

Noch ist der Durchbruch nicht geschafft:

In Ostdeutschland gibt es bisher nur – wenn überhaupt – die nicht gleichberechtigte Zweigliedrigkeit.

CDU und FDP stehen auf der Ebene des Bundes wie der alten Bundesländer weiterhin hinter der Dreigliedrigkeit. Nur in Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin ist die CDU weiter: In Schleswig-

Holstein realisiert sie zusammen mit der SPD die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit neben der zusätzlichen Regionalschule, in Hamburg will sie in Abstimmung mit der SPD die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit umsetzen und in Berlin wird diese von der CDU gefordert. In der FDP gibt es mit Hamm-Brücher und Leutheusser-Schnarrenberger erste Stimmen für eine Zweigliedrigkeit.

In der Wirtschaft kommt es erst zu vereinzelt Äußerungen zugunsten der Zweigliedrigkeit und der Gemeinschaftsschule.

Am erfreulichsten ist der Durchbruch in der Wissenschaft, nicht nur unter den Erziehungswissenschaftlern, sondern auch unter Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und Politologen.

Um den Durchbruch zur Zweigliedrigkeit zu befördern, ist in der Zeit vom 30.11. eine Resolution zur Zweigliedrigkeit mit dem Titel „ Beendet den Streit“ erschienen; sein Ziel war, die Volksparteien zu einem Kompromiss aufzurütteln. Dazu war es erforderlich, lagerübergreifend Mitzeichner zu gewinnen. Das heißt, die Resolution selbst musste ein Kompromiss sein, in dem die unterschiedlichen Zielvorstellungen auszuklammern waren.

Ein Teil der Gesamtschulanhänger lehnt die Propagierung der gleichberechtigten Zweigliedrigkeit ab. Doch ohne eine realistische Alternativstrategie schwächt oder verhindert eine Gesinnungsethik das Ziel, für das sie eintritt: Eine SPD ist in der Gefahr, in den Ländern keine Zweigliedrigkeit einzuführen, wenn ein Teil ihrer Anhänger- und Wählerschaft dagegen rebelliert, und die CDU wird zu einem Kompromiss ohne eine geschlossene SPD kaum bereit sein. Statt einer, unrealistischen Radikalposition brauchen wir Gesamtschulanhänger endlich den Mut zu Reformschritten, denn nur über sie ist das Ziel der gemeinsamen Schule für alle erreichbar.

Nachdruck ausschließlich unter Angabe der Quelle

Erstveröffentlichung: 13. Februar 2008, schulstruktur.com